

Wahlfilz

Viereinhalb Wochen fehlen bis zu den Wahlen. In "Notizen aus dem Wahlkampf" haben wir bisher versucht, ein Stimmungsbild aus der Wahlkampagne zu vermitteln. Es fällt jedoch auf, dass im Moment fast jede Meldung, die wir im "fjate" veröffentlichen, indirekt mit dem Wahlkampf zu tun hat, d.h., dass den PolitikerInnen jedes Thema recht ist, um daran ihre Kampagne aufzuhängen. Die folgende Analyse von Edgar Gutiérrez, in der Zeitung "*El Periódico*" erschienen, ist der Versuch, die Verflechtung von Wahlkampf und täglichem politischen Geschehen aufzuzeigen.

Die Wahlkampagne folgt ihrem unaufhaltsamen Weg Richtung Polarisierung der verschiedenen Parteien. Die Parole lautet: "Den Gegner vernichten, egal mit welchen Mitteln. Hauptsache, er gewinnt nicht." Der tatsächliche Verlierer ist jedoch das gesamte politische System, welches seine letzten Reserven von Regierbarkeit aufbraucht. Verschiedene Faktoren verschwören sich gegen die politische Stabilität: Einerseits das Fehlen politischer Führungskräfte, andererseits die Unfähigkeit, eine strukturierte Wahldebatte zu führen. Die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) z.B., weigert sich, über ihre Mitverantwortung bei den Terrorakten vergangener Regierungen zu sprechen. Die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) ihrerseits vermeidet die Diskussion über das Fiasko ihrer Wirtschaftspolitik.

Verschiedene Sektoren haben jedoch begonnen, die Krise zu thematisieren und ihre Forderungen zu präsentieren. Als erste protestierten die Angestellten des Transportwesens und der Landwirtschaft. Der internationale Währungsfonds (IWF) seinerseits entblösst die ökonomischen Schwächen und spricht ohne Umschweife von den Konsequenzen, welche für die Bevölkerung ja bereits zu spüren sind.

Das Selbstzerstörungspotential der politischen Klasse scheint keine Grenzen zu haben. Selten in einer Wahlkampagne konnte man so deutlich wie diesmal die Spaltung zwischen Ethik und Politik ausmachen. Die Folge davon ist das Abschrecken der WählerInnen, überhaupt an die Urne zu gehen.

Es ist unerhört (unabhängig von der Tatsache, dass wir uns in einer Wahlkampagne befinden), dass ein Politiker (Alfonso Portillo, FRG) der Ermordung zweier Personen verdächtigt wird, ohne dass dies seine moralische Autorität beeinträchtigt oder er vom politischen Geschehen überhaupt, ausgeschlossen wird. Die Übertragung von moralischen "Antiwerten" in einer Gesellschaft, die von Strafflosigkeit regiert wird, sowie die quasi Privatisierung der Justiz, legitimieren weitere Gewalttaten und Respektlosigkeiten.

Verschiedene BefragterInnen des Meinungsforschungsinstitutes Borge & Asociados haben im Landesinnern Personen interviewt, die Alfonso Portillo im Zusammenhang mit dem Mordfall Chilpancingo verteidigen. Das alte Gefühl von Chauvinismus und Anti-Mexikanismus wurde durch diese Geschichte wiederbelebt. Trotz der Bemühungen der Medien und der Regierungspartei, die Geschichte wieder aufzurollen, gibt

es bis heute noch keinen vollständigen Bericht mit Zeugnisaussagen und wissenschaftlichen Beweisen, der nachweist, was effektiv an diesem 23. August 1982 in Chilpancingo geschehen ist.

Das Dilemma für die WählerInnen ist gross. Sie haben das Vertrauen in die Wirtschaftsführung der PAN verloren, deren Auswirkungen für die ganze Bevölkerung zu spüren ist. Daneben verstärkt sich das Image der FRG als Partei mit dunkler Vergangenheit und wird von den Medien aufgenommen und verbreitet, womit diese das ihre zur Polarisierung beitragen.

Neben diesen zwei Parteien, welche die alte und die neue Rechte vertreten, versucht Francisco Bianchi, der Kandidat der *Accion Reconciliadora Democrática* (ARDE), seine Popularität zu erhöhen und sich die Stimmen der evangelischen Kirchen zu sichern.

Die gespaltene Linke mit der *Allianz Neue Nation* (ANN) und der *Demokratischen Front Neues Guatemala* (FDNG) scheint ihr eigenes Rennen zu bestreiten. Dabei geht es nicht um die Regierungsmacht, sondern um die gegenseitige Zerstörung. Im Landesinnern ist eine steigende Sympathie der sozialen Bewegung, vor allem der Mayaorganisationen, für den FDNG auszumachen.

Falls sich nicht aus den Parteien, die sich als dritte Kraft bezeichnen, noch eine Alternative ergibt, deutet alles darauf hin, dass die Wahl im "kleinen Kreis" stattfinden wird: Die jeweiligen Parteien können mit den Stimmen ihrer disziplinierten Mitglieder rechnen sowie mit der Unterstützung derjenigen, die schon zu Beginn der Kampagne ihre Entscheidung gefällt haben. Passiert das, und wiederholt sich das Muster von 1995 (kein absolutes Mehr im ersten Durchgang), werden die gesicherten, militanten Stimmen der FRG in einer zweiten Wahlrunde entscheidend sein.

Ist erst einmal die jetzige Polarisierung erreicht, ist das fragile Zusammenleben auf lokaler Ebene in Gefahr. Die ehemaligen Zivilpatrouillen und Militärkommissäre würden durch einen eventuellen Sieg der FRG ermutigt. Das heisst, wir würden zurückgeworfen in die alten Konfrontationen während des Krieges. Dies würde den Friedensprozess noch mehr gefährden und gäbe der Straffreiheit Nahrung.

Die provozierende Aggression der Ex-PAC von Xo-

coc in Zusammenhang mit dem Prozess wegen des Massakers von Río Negro sowie die Fälle von Lynchjustiz in Quiché, Huehuetenango, Petén und Alta Verapaz verbreiten ein Klima der Nichtregierbarkeit, welche durch die verschiedenen Parteien gefördert wird, indem sie solche Ereignisse anheizen.

Zur politischen Zersplitterung kommt die in Vergessenheit geratene Demokratie: Vor einigen Tagen haben sich die Wahlkarawanen der FRG und der PAN auf der Avenida Petapa (einer der Hauptverkehrsadern der Hauptstadt) gekreuzt. Schon von weitem haben sie sich gegenseitig beschimpft, die Chauffeure hielten die Fahrzeuge an, die SympathisantInnen der jeweiligen Parteien stiegen aus und die Sache endete in einer Schlägerei. In kürzester Zeit versammelte sich eine Menge ZuschauerInnen und der einheitliche Kommentar lautete: "Schaut, genau deshalb wählen wir weder die einen noch die andern."

Die regelrechte Wahlschlacht, zu der die Kampagne verkommen ist, trägt zur bereits weitverbreiteten Nichtrespektierung der Verfassung bei. Das Verhalten des Staatsanwaltes Fernando Mendizabal ist ein Beispiel dafür: Noch be-

vor die Ausgrabungen begonnen haben, vertrat er die Meinung, die in den Installationen der Militärpolizei (PMA) gefundenen Knochen stammten von Hundeskeletten. Wenige Wochen später, immer noch ohne eine einzige Ausgrabung gemacht zu haben, änderte er seine Meinung und sagte, es handle sich um die Überreste von fünftausend Personen, die im Jahre 1982 umgebracht wurden.

Auch der Fall des Weihbischofs Juan Gerardi sowie der "Fall Mincho", werden zu wahlpolitischen Zwecken missbraucht. Am Fall Gerardi werde versucht, im Ausland das Bild eines erfolgreich verlaufenden Friedensprozesses darzustellen, ist der Septemбераusgabe der mexikanischen Zeitung *Letras Libres* zu entnehmen.

Derweil haben die ÖkonomistInnen begonnen, sich gegen die unübersehbare wirtschaftliche Krise auszusprechen und vor Konflikten mit einzelnen Berufssektoren gewarnt. Die Angestellten des Transportwesens waren die ersten, die sich darüber beklagten, dass sie in Dollars bezahlen müssten und in Quetzales bezahlt würden. Der Präsident der Handelskammer, sich selber zum

Sprecher des Landwirtschaftssektors machend, hat sich über die finanziellen Engpässe und eine mögliche Steuererhöhung beklagt und fordert die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben.

Der Internationale Währungsfond (IWF) als zusätzlicher Spieler auf die politische Bühne getreten. Das interne Memorandum, das letzte Woche von der Zeitung "El Periodico" publiziert wurde, und das bisher als geheim gehandelt wurde, kommt in Wirklichkeit mit einigen Monaten Verspätung an die Öffentlichkeit. Eine notwendige Debatte über diese Analyse, und zwar bevor eine politischen Polarisierung stattgefunden hat, hätte erlaubt, die Verteilung der sozialen und politischen Kosten der vom IWF empfohlenen Massnahmen transparent zu machen: Erhöhung der Zinsen, drastische Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Devaluation, zu einer Zeit, in der die dualistische Ökonomie völlig unproportional ist: Rund 96% der Bevölkerung ist ausserhalb der Reichweite des Dollars. Heute ist es unmöglich, diese Diskussion und viele andere, die dringend anstehen, unabhängig von Wahlpolitischen Interessen zu diskutieren.

GAM kritisiert Militärbudget 2000

Guatemala, 22. Sept. Die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) kritisiert in einer Presseerklärung die Verteilung des im Moment vom Kongress diskutierten Budget 2000, welches dem Militär eine "unverhältnismässige" Erhöhung der Ausgaben zugesteht.

Laut GAM hat im Jahre 1999 das Militär mit einem Budget von rund 85 Millionen Quetzales gewirtschaftet, was ihm erlaubte, in Bereiche vorzudringen, die gar nicht in der Kompetenz des Militärs liegen und die Stärkung der zivilen Kräfte verhindert. Speziell die Nationale Zivilpolizei (PNC) sei stark militarisiert, verstärkt noch seit dem NEIN in der Volksbefragung.

Für das Jahr 2000 sei nun eine Erhöhung dieses Budgets um weitere 78 Millionen Quetzales vorgesehen. Dies widerspreche den Friedensabkommen, da in diesen eine Redimensionierung des Militärapparates vorgesehen sei. Von den insgesamt rund 923 Millionen Quetzales fürs Jahr 2000, seien etwa 140 Milliarden für Löhne, vor allem der höheren Militärskader, vorgesehen und weitere 104 Millionen für die militärische Ausbildung.

Im Vergleich dazu würden der Universität San Carlos (USAC) bloss 360

Millionen Quetzales zugesprochen, was etwa ein Drittel des gesamten Militärbudget ausmacht. Ausserdem schulde der Staat der USAC 1200 Millionen Quetzales aus den Staatsbeiträgen der letzten fünf Jahre.

Die GAM kritisiert in ihrem Communiqué die Erhöhung des Militärbudgets und bittet den Kongress, eine substantielle Kürzung zu Gunsten des Erziehungs- und Gesundheitssystems vorzunehmen, welches diejenigen Bereiche sind, die am wenigsten erhalten.

Weiter heisst es in der Pressemitteilung: "Wenn wir wollen, dass sich Guatemala ernsthaft Richtung Fortschritt entwickelt, müssen die Staatsausgaben umverteilt werden. Soziale Institutionen wie das Erziehungsministerium müssen mehr Gelder bekommen im Verhältnis zu Institutionen wie dem Militär, das ja sowieso nicht mehr nötig ist."

Parallel dazu sammeln verschiedene soziale Organisationen Unterschriften in der Bevölkerung. Gefordert wird beim Kongress eine Erhöhung des Budgets des Erziehungsministeriums auf 4500 Millionen Quetzales.

Diese Summe entspricht rund der Hälfte des im Erziehungsgesetz festgelegten Budgets. In diesem Gesetz ist fest-

gelegt, dass das dem Erziehungssystem 7% des Bruttosozialproduktes zugewiesen wird.

¡Fijate!

Herausgeber:

Verein ¡Fijate!

2502 Biel

PC- 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijate!

c/o Barbara Müller

Bözingenstrasse 33

2502 Biel

Tel. 032/341 90 80

E-Mail:

barbara@bam.links.ch

Jahresabo: 100,- Fr.

Auslandsabo: 120,- Fr.

Förderabo: ab 200,- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Fall Bruce Harris vor dem interamerikanischen Gerichtshof

Guatemala, 27. Sept. Das Zentrum für Justiz (CEJIL) und das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA) haben den guatemalteckischen Staat vor dem interamerikanischen Gerichtshof (CIDH) eingeklagt wegen Verletzung der amerikanischen Menschenrechtskonvention, speziell des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Guatemala hat diese Konvention mitunterzeichnet und fügt sich entsprechend dem Urteil dieser Instanz.

Bei der Klage geht es um den Fall Bruce Harris, Direktor der Institution für Strassenkinder, *Casa Alianza*, gegen den vor guatemalteckischen Gerichten ein Prozess läuft. Harris wird der Diffamierung und üblen Nachrede beschuldigt und zwar gegen die guatemalteckische Anwältin Susana de Umaña. Auf einer

Pressekonferenz, an der *Casa Alianza* eine Untersuchung über illegale Adoptionen vorlegte, beschuldigte er Umaña, in die illegalen Adoptionen von Kindern verwickelt zu sein.

Von den guatemalteckischen Gerichten wurde Harris' Beschuldigung gegen Umaña als Diffamierung gewertet und das Verfassungsgericht äusserte sich sogar dahingehend, dass es nur den Medien erlaubt sei, ihre Meinung frei zu äussern.

Die beiden Menschenrechtsorganisationen entschlossen sich zu dieser Klage auch deshalb, weil im Prozess gegen Harris verschiedentlich Unregelmässigkeiten aufgetaucht sind: Das jüngste Beispiel ist die Versetzung zweier Richter, die sich gegen Umaña ausgesprochen haben und die Einsetzung eines

Sondergerichts forderten. Die Versetzung der beiden Richter erfolgte auf Veranlassung des Obersten Gerichtshofes, an dem der Ehemann von Susana de Umaña beschäftigt ist. In Guatemala wird Diffamierung strafrechtlich verfolgt und nicht, wie im Internationalen Recht festgelegt, zivilrechtlich, und kann mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden.

"Es erstaunt mich im höchsten Mass, dass die Richter des Verfassungsgerichts eine so verdrehte Vorstellung vom Begriff "freie Meinungsäußerung" haben. Die Meinungsfreiheit ist ein Menschenrecht und nicht das Privileg der JournalistInnen," meinte Bruce Harris in einer Presseerklärung. Deshalb fordert er, dass sein Fall von einem übergeordneten Gericht neu beurteilt werde.

Keine Einigung um Minimallöhne

Guatemala, 27. Sept. Die aus Unternehmens- und ArbeiterInnenvertreterInnen zusammengesetzte Kommission, die über die jährlichen Anpassung der Minimallöhne berät, konnte bisher noch zu keiner Einigung finden. Die ArbeiterInnen fordern eine Erhöhung des Minimallohnes um 180%. Die Arbeitgeberseite lehnt diese Forderung mit der Begründung ab, die herrschende ökonomische Krise lasse eine solche Erhöhung nicht zu.

Das momentane Mindesteinkommen für ArbeiterInnen in der Hauptstadt beträgt 589.50 Quetzales (rund 90 US-\$) pro Monat. Das Nationale Institut für Statistik (INE) errechnete jedoch ein Mindesteinkommen für eine seckskop-

fige Familie von monatlich 1266.70 Q.

Die Koordination der Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen (CONGCOOP) ihrerseits fordert einen Mindestlohn von 35 Quetzales täglich, bzw. ein monatliches Mindesteinkommen von 2470 Quetzales für LandarbeiterInnen. CONGCOOP begründet diese Forderung mit den steigenden Preisen der Grundnahrungsmittel und dem Recht auf einen besseren Lebensstandard der LandarbeiterInnen.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass die ArbeiterInnen mit ihrer Forderung durchkommen. Laut Ricardo Villanuevo, Präsident der Landwirtschaftskammer, sind die Exportpreise für Kaffee und Zucker gefallen, dazu kommen die Ver-

luste des letzten Jahres durch den Hurrikan Mitch, was die nationale Ökonomie ziemlich in Bedrängnis halte. Der Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei PAN, Oscar Berger, verspricht in seinem Wahlprogramm eine generelle Erhöhung der Löhne und erwähnt entsprechende Verhandlungen mit der Privatwirtschaft, die er bereits geführt haben will. Villanuevo streitet solche Verhandlungen ab.

Der Arbeitsminister, Luís Felipe Linares seinerseits, bittet die beiden Verhandlungsparteien, die Diskussion in den dafür bestimmten Gremien zu führen und nicht zuzulassen, dass daraus ein wahlpolitischer Nutzen gezogen wird.

Erneut Entlassungen auf Bananenfincas

Guatemala, 2. Oktober. Das Bananenunternehmen BANDEGUA hat als Konsequenz der Schliessung dreier Fincas des Unternehmenszweiges *Río Bobos*, Izabal, 897 ArbeiterInnen entlassen. Als Schliessungsgrund gab BANDESA den zurückgehenden internationalen Bananenabsatz sowie die Verluste durch die anhaltenden Regenfälle an.

Die Gewerkschaft der BananenarbeiterInnen (SITRABI) suchte das Gespräch mit den Personalverantwortlichen von BANDESA und dem Arbeitsminister Fernando Linares, um die Entlassun-

gen zu verhindern bzw. rückgängig zu machen.

Marcel Martínez, Vertreter von SITRABI ist sich im Klaren darüber, dass die Regenfälle verheerende Schäden angerichtet haben, zweifelt jedoch daran, dass dies ein ausreichender Grund zur Schliessung der Plantagen ist. Er glaubt vielmehr, dass die schlechte Marktlage der Auslöser ist und spricht von Gerüchten, die besagen, dass BANDESA daran interessiert ist, die Fincas zu verkaufen.

Mehr als 2500 ArbeiterInnen des

ebenfalls zu BANDESA gehörenden Unternehmenszweiges *Los Amates*, protestierten in Solidarität mit ihren entlassenen KollegInnen und legten während eines Tages die Produktion auf acht Bananenplantagen nieder. Die Streikenden befürchten, dass ihnen dasselbe Schicksal beschert sein könnte wie ihren entlassenen KollegInnen

Gleichzeitig führten die entlassenen ArbeiterInnen von *Río Bobos* eine Kundgebung vor einer Finca des als möglichen Käufer von *Río Bobos* genannten Haroldo Gomar durch.

CEH: die guatemaltekische Regierung schweigt

Guatemala, 24. September. Sieben Monate sind vergangen, seitdem die staatliche Wahrheitskommission (CEH) ihren Bericht über die Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konfliktes eingereicht hat, ohne dass die Regierung Stellung dazu genommen hat, geschweige denn, Schritte unternommen hat, um die Empfehlungen der CEH umzusetzen. Seitens der Regierung gibt es zwar eine "erste Stellungnahme" auf den Bericht, die aber sehr oberflächlich ist und nicht detailliert, ob und wie die Empfehlungen umgesetzt werden. Im Gegenteil, in dieser "ersten Stellungnahme" wird vielmehr die Vorgehensweise bei der Untersuchung kritisiert.

Dies gibt die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) in einer Presseerklärung bekannt und bezeichnet weiter das Verhalten der Regierung als respektlos gegenüber dem Volk von Guatemala, speziell gegenüber den Familienangehörigen, die ihre Liebsten in diesem schmutzig geführten Krieg verloren haben. Das Schweigen der Regierung beweise auch deren Komplizenschaft mit den Verantwortlichen dieser Menschenrechtsverletzungen. Anstatt die im Bericht empfohlenen Schritte zu unternehmen, habe

die Regierung die Mauern der Straffreiheit gefestigt und Prozesse verhindert oder verzögert, die zur Aufklärung dieser Verbrechen beitragen könnten.

Weiter kritisiert die GAM, dass nicht einmal die ebenfalls von der CEH empfohlene "Stiftung für Frieden und Versöhnung" gegründet wurde, deren Aufgabe die Umsetzung und Überwachung der Empfehlungen wäre. Von den PräsidentschaftskandidatInnen wird gefordert, sie sollen ihre Position in Bezug auf Wahrheit und Straffreiheit bekanntgeben, damit die Bevölkerung sich ein Bild machen könne, was diesbezüglich nach dem 14. Januar zu erwarten sei.

In einem Brief an den guatemaltekischen Präsidenten Arzú fordern 33 nordamerikanische Kongressabgeordnete, die Empfehlungen der Wahrheitskommission ernstzunehmen und umzusetzen. Konkret fordern sie, die in Menschenrechtsverletzungen involvierten Militärs abzusetzen sowie die Bildung einer paritätischen Überwachungskommission, der sowohl VertreterInnen des Staates wie der zivilen Gesellschaft angehörten. Ausserdem fordern sie von der Regierung Kooperation, um den Verbleib der während des Krieges ver-

schwundener Personen ausfindig zu machen.

Wenige Tage später überreichten MitarbeiterInnen des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros (ODHA) der guatemaltekischen Gesellschaft die endgültigen Ergebnisse ihres "Berichts zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses" (REMHI). 5000 Exemplare werden den Organisationen der Zivilgesellschaft überreicht (Universitäten, Kirchen, PolitikerInnen etc.). Weitere 50'000 Ausgaben, in einer popularisierten Version, werden auf kommunaler Ebene gratis verteilt.

Iduvina Hernández, Mitarbeiterin des REMHI-Projektes, erklärte bei dem Anlass, die Regierung sei nicht bereit, den Empfehlungen der beiden Berichte (REMHI und CEH) nachzukommen, weil dies bedeute, Konsequenzen bis in die heutigen Tage zu ziehen und dafür wolle die Regierung die politische Verantwortung nicht übernehmen.

Es bestehe jedoch auch eine soziale Verantwortung aller, denn wer seine Vergangenheit kenne, könne zur Konstruktion der Zukunft beitragen, fügte Hernández hinzu.

Beginn der Ausgrabungen in der ehemaligen Militärpolizei

Guatemala, 4. Oktober. Rund fünf Monate nach der Entdeckung von möglichen menschlichen Überresten in den Installationen der ehemaligen ambulanten Militärpolizei (PMA) haben am Montag die Ausgrabungen begonnen.

Die Ausgrabungen finden in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft, forensischer ÄrztInnen sowie Familienangehörigen von Verschwundenen statt, die hoffen, nach jahrelanger Unsicherheit endlich mehr über das Schicksal ihrer Nächsten zu erfahren.

Miguel Angel Albizures von der Organisation Familienangehöriger von Verschwundenen (FAMDEGUA) ist überzeugt, dass die Ausgrabungen menschliche Überreste zum Vorschein bringen werden. Handwerker sind anfang Juli bei Umbauarbeiten in den Räumen der heutigen Polizeischule auf Knochen und Kleiderreste gestossen.

Die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) ruft die Familienangehörigen auf, ZeugInnenenaussagen zu machen um möglichst viel Beweismaterial beisammenzuhaben, wenn die entsprechenden Untersuchungen beginnen. Es liege ganz

in den Händen der Angehörigen, wie weit solche Untersuchungen gehen können und auch, ob gegen die Verantwortlichen ein Prozess eröffnet werde. Ebenso werden ehemalige Polizisten und Mitglieder des militärischen Sicherheitsapparates aufgefordert, über die Geschehnisse jener Jahre auszusagen.

Wenige Tage zuvor gab der stellvertretende Staatsanwalt für spezielle Fälle, Nery Orellana, bekannt, es sei eine mündliche Anzeige gemacht worden, dass in den Räumlichkeiten der Abteilung für Technische Untersuchungen der Nationalpolizei (DIT) ebenfalls Massengräber existierten. Er könne jedoch keine Untersuchung einleiten, solange keine offizielle, schriftliche Anzeige gemacht werde.

FAMDEGUA und GAM sind davon überzeugt, dass noch in anderen Gebäuden der damaligen Sicherheitskräfte Massengräber existieren müssen. Für Albizures ist es unmöglich, dass die Überreste von rund 3000 Vermissten allein in den Installationen der ehemaligen PMA zu finden sind.

Aura Elena Farfán von FAMDE-

GUA befürchtet, dass die Behörden zu wenig Massnahmen ergriffen hatten und dass, während an einem Ort Ausgrabungen stattfänden, an andern Orten die Spuren verwischt würden.

Bis jetzt konnte in der ehemaligen PMA erst der Zementboden aufgespitzt werden. Laut der zuständigen Staatsanwältin, Bertha Julia Morales, wird es nötig sein, rund eineinhalb Meter tief zu graben. Sie bezeichnet den Beginn der Ausgrabungen als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wiederversöhnung.

Arzú in Kuba

La Habana, 4. Oktober. Die dreitägige Staatsvisite Arzús in Kuba ist ein weiterer Schritt zur Annäherung der beiden Staaten. Arzú wird bei seinem Besuch von rund 70 guatemalteckischen UnternehmerInnen begleitet, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern voranzutreiben.

Guatemala hat als eines der ersten lateinamerikanischen Länder vor knapp zwei Jahren, trotz des von den USA ausgesprochenen Helms-Burton-Gesetz, den diplomatischen Kontakt zu Kuba wiederaufgenommen. Ausschlaggebend dafür war der Besuch des Papstes Juan Pablo II in Zentralamerika, der die Welt dazu aufgerufen hat, sich Kuba gegenüber zu öffnen. Seither sind verschiedene bilaterale Verträge unterzeichnet worden, speziell in den Bereichen Sport, Tourismus, Handel und Einfuhrzölle. Diese Zusammenarbeit soll nun neu auch auf die Drogenbekämpfung (wie es aus inoffiziellen Quellen hiess) sowie auf das Strafrecht ausgeweitet werden (siehe fjjate Nr. 194).

Ein weiterer Punkt in der Agenda Arzús ist der Besuch der "Lateinamerikanischen Schule für Medizin", welche anlässlich des Mitte November in Kuba stattfindenden IX. Iberoamerikanischen Gipfeltreffens, offiziell eingeweiht werden soll. In dieser Schule, die ihren Betrieb anfang September aufgenommen hat, werden StudentInnen aus insgesamt 18 Ländern, darunter auch Guatemala, ausgebildet. Arzú betonte in diesem Zusammenhang denn auch, die letztes Jahr insgesamt 399 nach Guatemala gesandten kubanischen ÄrztInnen hätten eine ausgezeichnete Arbeit geleistet, vor allem in den ländlichen Gebieten.

Dem Besuch Arzús und seiner BegleiterInnen in Kuba sind in Guatemala heftige Kritiken vorangegangen. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Ricardo Villanueva sieht keinen Grund, weshalb Guatemala mit einem Land in Beziehung treten soll, in dem es "keine freie Marktwirtschaft gibt und wo die Menschenrechte nicht eingehalten werden". Er beschuldigt Arzú und vor allem seine BeraterInnen, aus speziellen, ihre "Vergangenheit betreffenden" Interessen zu handeln.

Arzús Argumentation dagegen lautete, es seien in erster Linie die UnternehmerInnen, welche durch die neuen wirtschaftlichen Beziehungen mit Kuba profitieren könnten, bzw. bereits profitierten. Speziell der Bereich Tourismus könne noch sehr ausgeschöpft werden, meinte Arzú.

Höchste Alarmstufe wegen Regenfällen

Zentralamerika, 5. Oktober. Seit etwa zwei Wochen melden die Presseagenturen dauernde Regenfälle in Zentralamerika. Zuerst waren es eine Meldung hier über das Abrutschen einer Strasse und eine Meldung da vom Überborden eines Flusses. Eigentlich nichts Spezielles für die Regenzeit. Doch als diese Meldungen täglich eintrafen, überkam die Leserin derselben doch ein mulmiges Gefühl, sind ihr doch die Bilder noch zu sehr präsent, die sie Anfang dieses Jahres in Zentralamerika als sog. "Mitch-Schäden" gesehen hat.

In Guatemala mussten in den letzten Wochen rund viereinhalb Tausend Personen evakuiert werden, da ihre Behausungen der Gefahr ausgesetzt waren, weggespült zu werden oder sie von den Strassen abgeschnitten würden, wenn der Regen weiterginge. Die am meisten bedrohten Orte sind dieselben wie immer: die Barrancos in der Hauptstadt, die Dörfer und Häuser, die am Rande grosser Flüsse stehen, bewohnte Steilhänge (wie im Fall Santa Catarina Ixtahuacán, dessen Umsiedelung zwar beschlossen, jedoch nicht durchgeführt wurde, da sich die Nachbargemeinde Nahualá wehrte) oder unbewohnte Steilhänge, die beim Abrutschen oft Strassen blockieren. In Izabal sind die Bananenplantagen überschwemmt, in Alta Verapaz sind sechs Gemeinden von einem möglichen Überborden des Stausees Chixoy bedroht.

Die Reaktion der Regierung? Im Falle des Stausees Chixoy streitet das Nationale Institut für Elektrizität jegliche Gefahr eines Überlaufens ab... Das Nationale Institut für Erdbeben, Vulkanologie und Meteorologie (INSIVUMEH) meldet das Zentrum eines Sturmes 150 km vor der hondurensischen Insel Gaunaja, der sich in einen tropischen Sturm verwandeln könnte. Deshalb fordert INSIVUMEH die Bevölkerung auf, sich informiert zu halten und aufzupassen... Die Nationale Koordination zur Verhinderung von Katastrophen (CONRED) ruft vor allem die in den Barrancos lebende Bevölkerung auf, Vorsichtsmassnahmen zu treffen, speziell in den Nächten...

Die Situation in El Salvador, Honduras und Nicaragua scheint ähnlich zu sein. Die meisten Grenzübergänge mussten vorübergehend gesperrt werden, die nach dem Mitch provisorisch gebauten Brücken wurden weggeschwemmt und diejenigen Familien, die nicht in den Genuss eines Wiederaufbauprogrammes gekommen sind und

jetzt in einem Backsteinhaus leben, haben wieder ihr ganzes Hab und Gut verloren.

Die BewohnerInnen einer Gemeinde am Río Bajo Lempa in El Salvador haben es in einem Communiqué auf den Punkt gebracht:

"Es ist uns gelungen, in unserem Departement eine gute Koordination mit den staatlichen Institutionen und den Nichtregierungsorganisationen aufzubauen. Die Presse geht sensibel mit unserer Realität um. Es wurde uns internationale Hilfe zugesagt, sowohl auf Regierungsebene wie auf Nichtregierungsebene. Die Bevölkerung El Salvadors ist solidarisch mit uns. Wir haben gelernt, uns in einer Notsituation zu organisieren.

Knapp ein Jahr nach dem Mitch haben wir noch nichts von den strukturellen Lösungen gesehen, welche die Regierung in ihrem Wiederaufbauplan verspricht.

Die momentanen Ereignisse sind nur ein Vorgeschmack darauf, was bis zum Ende der diesjährigen Regenzeit oder in nächsten Wintern zu erwarten ist. Wir wollen nicht Geschädigte auf Lebzeiten sein, denn wir wissen, dass es für die Überschwemmungen Lösungen gibt, für deren Umsetzung es aber den politischen Willen der Regierung braucht. Wir sind nicht bereit, Geschädigte auf Lebzeiten zu sein, wir sind Menschen, die mit eigenen Kräften vorwärtskommen wollen und nicht lebenslanglich von humanitärer Hilfe abhängig sein wollen."

Zwei mögliche Schlusszenarien:

1. Alles "geht gut", es hört auf zu regnen in Zentralamerika, die Flüsse gehen zurück, die Regierung hatte "die Situation unter Kontrolle" und sieht keinen Anlass, die begonnenen oder nicht begonnenen Mitch-Wiederaufbauprojekte weiterzuführen. Denn "es ging ja" auch ohne..

2. Es gibt eine Katastrophe à la Mitch, die internationalen Hilfsorganisationen merken, dass mit den Geldern, die sie letztes Jahr geschickt haben, sehr viel anderes gemacht wurde aber relativ wenig Wiederaufbau und werden zurückhaltend mit ihrer Unterstützung sein. Im besten Fall werden die jeweiligen Regierungen etwas getadelt.

In beiden Fällen (sowie bei allen möglichen andern Szenarien) ist Bevölkerung die Verliererin.

Die Redaktion

Notizen aus dem Wahlkampf

Guatemala, 23. September bis 6. Oktober. Verschiedene Behindertenorganisationen luden die PräsidentschaftskandidatInnen sowie den "Nationalen Rat für Behinderte" (CONADI) zu einer Podiumsdiskussion ein, wo sie eine klare Politik, Programme und eine stärkere Verpflichtung seitens des Staates forderte im Umgang mit der spezifischen Situation Behinderter. An den Anlass eingeladen waren die elf PräsidentschaftskandidatInnen, welche, mit Ausnahme von Oscar Berger (PAN) und Alfonso Portillo (FRG), alle erschienen und ihre Regierungsprogramme bezüglich der Behindertenpolitik vorstellten.

Der Forderungskatalog der Behindertenorganisationen umfasst die Suche nach integralen Ansätzen, speziell in den Bereichen Gesundheit und Bildung, Arbeit, Kultur und Sport sowie die Abschaffung von symbolischen und architektonischen Barrieren. Die Situation von Menschen mit Behinderung soll aus der Perspektive der Menschenrechte analysiert werden. Bei der Enttabuisierung des Themas hätten die Massenmedien einen wichtigen Beitrag zu leisten. Ausserdem wird verlangt, entsprechende Gesetze einzuführen sowie die bereits existierenden internationalen Konventionen zu ratifizieren.

Als einziger der eingeladenen KandidatInnen verpflichtete sich Alvaro Colom (ANN), den Forderungskatalog der Behindertenorganisationen vollumfänglich in sein Regierungsprogramm aufzunehmen. Die Abwesenheit von Berger und Portillo beweise ihr Desinteresse an sozialen und humanitären Fragen, meinte Colom.

Die fünfte Meinungsumfrage der Firma Borges & Asociados ergeben einen klaren Vorsprung des Kandidaten der FRG, Alfonso Portillo gegenüber seinem Konkurrenten, Oscar Berger von der Regierungspartei PAN. 37% der Befragten sprachen sich für Portillo aus, 29% für Berger. An dritter Stelle steht Alvaro Colom vom linken Parteienbündnis ANN.

Verschiedene OppositionskandidatInnen sowie soziale Organisationen warnen davor, den Umfragen zuviel Bedeutung zuzumessen. Einigkeit herrscht jedoch darüber, dass sich die Wahl zwischen Berger und Portillo entscheiden wird, eine zweite Wahlrunde ist wahrscheinlich.

Laut María Dolores Marroquín, Vertreterin von *Kuchuj - Stimme der BürgerInnen*, lassen sich viele Leute von den Ergebnissen der Wahlumfragen beeinflussen, ohne sich darum zu kümmern, was für Regierungsprogramme die einzelnen KandidatInnen präsentierten, meinte Marroquín.

Auch Fernando Solís vom Zentral-amerikanischen Institut für politische Studien (IPES), glaubt nicht, dass ein dritter Kandidat eine Chance haben wird. Die ANN liege in den Umfragen zu weit zurück, um ein ernsthafter Rivale darzustellen.

Carmen Aceña, Direktorin des Investigationszentrums für nationale Wirtschaft hingegen, warnt die PAN und die FRG davor, allzu siegesgewiss zu sein. Die Ergebnisse der Volksbefragung vom Mai dieses Jahres habe bewiesen, dass sich die Tendenzen innerhalb weniger Wochen drastisch ändern können.

Dasselbe Unternehmen führte auch eine Meinungsumfrage in der Hauptstadt durch, um die Tendenzen bei der Bürgermeisterwahlen abzuschätzen. Von den 400 befragten Personen bevorzugten 41,3% Fritz García-Gallont (PAN), 23,5% würden für Luis Rabbé (FRG) stimmen.

Viel interessanter als diese Zahlen sind jedoch die Ergebnisse einer anderen Frage, die während derselben Umfrage gestellt wurde: 4,3% der befragten Personen bezeichnen sich als Indigenas, 90,3% sagen von sich, dass sie keine Indigenas sind und bloss 5,3% bezeichnen sich als MestizInnen. Davon sind 60% Mitglieder der Katholischen Kirche, gegenüber 21%, die einer evangelischen Kirche angehören.

Unter dem Namen "Intellektuelle Kraft gegen den Genozid" sprach sich in einem "ersten Manifest" eine Gruppe Intellektueller und KünstlerInnen gegen die Wahl der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) aus. Die FRG sei verantwortlich für die Ermordung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Alten, verantwortlich für den Schmerz und Ströme von Blut und Tränen. Heutzutage verfielen Teile der Bevölkerung der Annahme, es bräuchte Männer wie Rios Montt, um das Verbrechen zu bekämpfen, am liebsten durch die Verhängung der Todesstrafe, heisst es in dem Manifest weiter. Die Intellektuellen und KünstlerInnen betonen, dass auch der effizienteste Kampf gegen das Ver-

brechen den Völkermord nicht legitimiert. Unterschrieben wurde das Manifest von Mario Monteforte Toledo, Hugo Arce, Marion Augusto Quiroa, Efraín Recinos, José Barnoya, Irma de Luján und anderen.

Erst rund vierzig Tage vor den Wahlen haben die verschiedenen Parteien ihre Regierungsprogramme bekanntgegeben. Einzig die Allianz Neue Nation (ANN) gab ihr Regierungsprogramm schon im Mai heraus, zu einem Zeitpunkt, wo es im Zuge der KandidatInnenwahl völlig unterging.

Inhaltlich variieren die verschiedenen Programme nicht gross, fast alle beinhalten Themen wie die Friedensabkommen, die wirtschaftliche Situation, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherheit und Bekämpfung von Korruption, Erziehung und Gesundheit.

Einzig beim Thema "militärische Strukturen" unterscheiden sich die einzelnen Programme: Während die ANN sich sehr zurückhaltend äussert und von einer Professionalisierung der Armee und einer militärischen Rekrutierung auf den Grundlagen eines Zivildienstgesetzes spricht, will die PLP den Präsidialen Generalstab abschaffen.

Für die *Acción Reconciliadora Democrática* (ARDE) ist das Militär in seiner heutigen Form unantastbar, die Parteien PAN und FRG gehen in ihren Parteiprogrammen nicht speziell auf die Rolle des Militärs ein.

Edy Armas, Vertreter der Versammlung der zivilen Sektoren, kritisiert die Programme der PAN und FRG als kurzfristig und gutgläubig. Als Beispiel dafür nennt Armas das Thema "Menschenrechte". Beide Parteien hätten dieses Thema in ihrem Programm, verlören jedoch kein Wort über die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission. Die zivile Gesellschaft habe verschiedentlich versucht, die KandidatInnen zu einer Diskussion zu diesem Thema einzuladen, doch die politischen Parteien hätten offenbar kein offenes Ohr dafür.

Wer sich nicht die Mühe macht, die einzelnen Programme zu lesen und zu studieren, (die Wahlveranstaltungen gleichen eher Zirkusvorstellungen als inhaltlichen Anlässen) könnte meinen, es gehe allen ums Gleiche. Und die wirklich relevanten Fragen bleiben unbeantwortet.